A1 Mobilitätswende für mehr Gerechtigkeit

Antragsteller*in:	Gregor Laukert, Madeleine Linke, Jan Vorbrodt
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge

Antragstext

Mobilität heißt Freiheit, Selbstbestimmung, Lebensqualität und viele Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Eben diese Mobilität haben wir in der Vergangenheit vom Auto abhängig gemacht. In Folge sind unsere Städte voll davon, es gibt keine Parkplätze und auf den Straßen herrscht Stau. Wir leben (noch) in autogerechten Städten. Die meisten Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sind noch viel zu häufig unattraktiv, voller Barrieren, teuer und unflexibel.

Dabei sollte eigentlich klar sein: Eine für den Klimaschutz notwendige Mobilitätswende ist nur möglich, wenn sie soziale Gerechtigkeit als zentrales Anliegen begreift und Mobilität allen zugänglich macht. Richtig umgesetzt, kann sie so ein wichtiger Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft werden.

Wir sehen im aktuellen System zwei entscheidende Probleme:

Das erste Problem erfährt bereits viel Aufmerksamkeit: Unser Verkehrswesen ist immens klimaschädlich. Doch warum ein Umstieg auf Elektrofahrzeuge als 1:1-Substitution und Appelle an das Konsumverhalten Einzelner keine Lösung sind, zeigt insbesondere ein Blick auf das zweite zentrale Problem:

Der Zugang zu Mobilität ist voller Mauern und ungerecht verteilt.

Ländliche Räume sind oft wenig bis gar nicht mit nachhaltiger Mobilitätsinfrastruktur bedacht. Wer früh am morgen, am Abend oder einfach spontan unterwegs sein will, ist stets auf ein Auto angewiesen.

Auch in Städten wird das Auto noch immer ins Zentrum aller Planungen gestellt. Dabei ist das auch über die Abwägung der ökologischen Probleme hinaus eine Fehlplanung. Das System "jede Person besitzt ihr eigenes Auto" ist nicht haltbar oder zukunftsfähig. Die Fläche in unseren Städten und Dörfern ist begrenzt, doch immer mehr Straßen für immer mehr Autos heißt, wir brauchen immer mehr Parkplätze und haben immer mehr Staus, wegen dem dann immer mehr Straßen gebaut werden. Flächenversieglung und unattraktive Zentren sind die Folge. Autos verbrauchen unfassbar viel Platz, der für öffentliche Freiräume so dringend notwendig wäre. Statt breiter Wege voll mit Aufenthaltsräumen, Bäumen, Cafés oder Parks sind unsere Ortszentren heute geprägt von grauen Parkplätzen, breiten Straßen und der Lärm- und Luftverschmutzung, die unmittelbar mit diesen einhergeht.

Wir haben eine Gesellschaft gebaut, in der Mobilsein eine Notwendigkeit für die gleichberechtigte Teilnahme am alltäglichen Geschehen ist. Dieselbe Gesellschaft haben wir strukturell auf das Auto ausgerichtet - und damit alle vor große Hürden gestellt, die kein Auto fahren können oder wollen. Kurz: Das Auto ist eine Mobilitätsoption, die ausschließt. Egal ob Jugendliche ohne Führerschein, die nicht fahren dürfen, Menschen mit Beeinträchtigung, die nicht fahren können oder Menschen mit knappen Finanzen, die die Anschaffung sowie die hohen laufenden Kosten, die mit einem Auto einhergehen, nicht stemmen können.

Was uns selbstverständlich auch bewusst ist: Gerade im ländlich-geprägten Sachsen-Anhalt können wir uns nicht von heute auf morgen vom Auto trennen. Wir haben uns von ihm abhängig gemacht. Menschen sind auf ihr Auto angewiesen und andere Optionen fehlen, sind zu teuer oder verfügen nicht über die benötigte Flexibilität. Aber nicht, weil andere Optionen schlechter wären, sondern weil andere Optionen von der Politik bewusst ausgeblendet wurden. Ein wichtiges Beispiel ist hier auch das Fahrrad, das zwar grundsätzlich eine klimaschonendes Fortbewegungsmittel für kurze Strecken sein kann, aufgrund von katastrophaler Infrastruktur – also fehlenden oder plötzlich endenden Fahrradwegen, gefährlichen Kreuzungen etc. – doch oft keine echte Alternative ist.

Diese Abhängigkeit heißt für kurzfristige politische Handlungen, dass Preissteigerungen im Individualverkehr eine Problematik der sozialen Gerechtigkeit darstellen, da sie auch stets die betreffen, die für Alltag und Arbeit auf ihr Auto angewiesen sind.

Der erste Schritt kann also nur sein, diese Abhängigkeit aufzulösen, indem wir öffentliche und klimaschonende Angebote wie Bahn, Bus, Tram u.v.m attraktiver machen, und zwar unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort.

Für uns ist daher klar: Mobilität gehört zur notwendigen öffentlichen Daseinsvorsorge und muss auch endlich so gedacht werden!

Daher stehen wir konkret für folgendes:

- Unsere Perspektive ist eine öffentlich organisierte Mobilitätsinfrastruktur. Der Bahn-Fernverkehr, die Regionalzüge und das ÖPNV-Netz sind öffentliche Daseinsvorsorge und gehören damit in öffentliche Hand, getrennt von kapitalistischen Profitzwängen. Sie sollten gemeinwohlorientiert und ausfinanziert sein.

- Reisen mit Bus & Bahn muss für alle erschwinglich sein. Ein klassisches Beispiel ist hier der Fernverkehr der DB, der Dank versteckten Kerosin-Subventionen und falscher Preispolitik auf innerdeutschen Strecken teils vielfach teurer als Flugreisen angeboten wird. Aber auch in Sachsen-Anhalt müssen die Ticketpreise sinken, zum Beispiel, indem Tarifzonen sinnvoll kombiniert und erschwingliche Ticketangebote wie 365€ Tickets angeboten werden. Insbesondere Schüler*innen, Auszubildende und Studierende sollten neben Sozialhilfeempfänger*innen auch kostenlos mit dem ÖPNV von A nach B kommen können.

- Investitionen in die Schiene sind dringend notwendig. Für die fehlende Infrastruktur gerade im ländlichen Raum wäre die Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken, die oft noch bis heute von lokalen Initiativen gepflegt und erhalten werden, ein erster Schritt. Eine Reaktivierung ist ein vergleichsweise niedrigschwelliger Anfang für die Ausweitung des Schienennetzes in Sachsen-Anhalt. Aber auch abseits davon müssen wir Bus- Bahn- & Tramnetze ausbauen, elektrifizieren, neue Haltestellen schaffen und Taktungen verdichten. Die Gelder, die im Kontext der Klimakrise in die sozial-ökologische Transformation gesteckt werden müssen, sollten hier einen Schwerpunkt finden. Ziel für ländlichen Raum muss eine Mobilitätsgarantie sein: Von 5 Uhr morgens bis Mitternacht muss jedes Dorf mindestens stündlich mit dem nächsten Mobilitätszentrum (z.B.

einem Bahnhof) verbunden sein. Nur so kann der klimaschonende öffentliche Personen-Nahverkehr eine echte Alternative für den Alltag sein.

- Es braucht einen neuen Schwerpunkt in der Dorf- und Stadtplanung: Platzsparende, barrierefreie und klimaschonende Mobilität schafft neuen Raum, der der öffentlichen Aufenthaltsqualität zugutekommt. Dafür müssen wir ein durchgängiges und sicheres ÖPNV-, Rad- und Fußwegenetz aufbauen und diese dadurch zu einer echten Option für alle Kurz- und Mittelstrecken machen.

All diese Forderungen werden selbstverständlich auch dadurch gestützt, dass sie uns den Weg in eine klimaneutrale Mobilität ebnen. Und das sozial-gerecht.

Glossar:

Mobilitätswende: Umdenken in der Verkehrspolitik. Zumeist ist eine Abkehr vom Fokus auf das Auto und Klimaneutralität die Hauptidee.

Verkehrswesen: alles, was mit Mobilität in Verbindung steht. Also Straßen, Autobahnen, Schiene, Parkplätze, Autos, Züge, …

Infrastruktur: Notwendige Voraussetzung für die Versorgung in einem Land. Sowohl für Personen als auch wirtschaftlich. Z.B. Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Internetleitungen, Mobilfunknetz, …

Daseinsvorsorge: Eigentlich staatliche Aufgabe, lebensnotwendige Infrastruktur für alle Menschen zu erhalten und zu pflegen.

Öffentliche Hand: Gesamtheit aller staatlich getragener Institutionen. Z. B. der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder Universitäten.

Konsum-shaming: Probleme auf das Verhalten einzelner runterbrechen und diese dafür Verantwortlich machen, obwohl einzelne nicht oder nur verschwindet gering verantwortlich für die Probleme sind. Die wahren Ursachen sind meist systematisch, also von Politik und Wirtschaft bestimmt.

Versteckte Subventionen: Kerosin ist von der Energiesteuer und internationale Flüge von der Mehrwertsteuer befreit. Der Flugverkehr hat damit einen unausgeglichenen Vorteil gegenüber anderen Mobilitätsangeboten, wird also indirekt staatlich unterstützt (subventioniert).

Sozial-ökologische Transformation: Umbau der Gesellschaft hin zu Klimaneutralität und mehr sozialer Gerechtigkeit.

365€ Ticket: Ein Ticket, dass 365€ kostet und ein Jahr gültig ist, also 1€/Tag.

Begründung

erfolgt mündlich